

273/2003

Stuttgart, den 27.10.2003

Land dreht öffentlichem Verkehr den Geldhahn ab

Boris Palmer: „Stadtbahn Heilbronn und viele andere Projekte vor dem Aus!“

Was in der Fachwelt schon länger gemunkelt wurde, brachte nun ein Antrag des Grünen-Abgeordneten Boris Palmer ans Licht: Das Land will die Förderung für kommunale Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr kürzen.

Bislang bekamen die Städte und Gemeinden die Kosten für neue Bushaltestellen oder Stadtbahnstrecken zu 85% vom Land ersetzt, 15% mussten sie aus eigenen Mitteln beisteuern. Dieser Satz soll nun offenbar kräftig gekürzt werden.

In der Antwort von Staatssekretär Stefan Mappus auf den Grünen-Antrag heißt es: „Das Ministerium für Umwelt und Verkehr ist grundsätzlich der Auffassung, dass einer Kürzung der Fördermittel, die im Zuge der Haushaltskonsolidierung unausweichlich ist, auch eine Anpassung der Förderrichtlinien entsprechen sollte. Andernfalls würden die Mehrzahl der Antragsteller unverändert gefördert, eine Minderzahl aber gänzlich leer ausgehen, was ungerecht wäre.“

Boris Palmer wirft der Landesregierung vor, damit den Ausbau des öffentlichen Verkehrs durch die Städte und Gemeinden praktisch zum Erliegen zu bringen: „Wenn der Fördersatz

von 85% auf 75% zurückgenommen wird, verteuert sich ein neuer Busbahnhof mit Gesamtkosten von 1 Million Euro für die Kommune von 150 000 auf 250 000 Euro, also um zwei Drittel. Bei der derzeitigen Kassenlage der Kommunen bedeutet das den Stopp der meisten Investitionsplanungen. Wenn das Wirklichkeit wird, sind Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr Vergangenheit und die Klimaschutzgelübde der Landesregierung endgültig im Orkus der Geschichte. Die Region Heilbronn wird weitere Stadtbahnlinien mit diesem Fördersatz kaum noch finanzieren können. Viele andere Planungen stünden praktisch vor dem Aus.“

Auch die Begründung für die Kürzung hält Palmer für groben Unsinn: „Seit Jahren gehen viele Kommunen bei den Zuschüssen für den kommunalen Straßenbau leer aus, weil es einen Antragsstau gibt. Das Land hat aus dieser „Ungerechtigkeit“ nie den Schluss gezogen, den Fördersatz zu kürzen. Warum soll das beim öffentlichen Verkehr anders sein?“ Wenn nun bei den Investitionszuschüssen gespart werden müsse, dann sei der Straßenbau an der Reihe: „Im Jahr 2003 wurden Einsparungen von 45 Millionen Euro alleine dem öffentlichen Verkehr aufgelastet. Wenn dieses Jahr weitere 53 Millionen gekürzt werden sollen, muss diesmal die Straße die Hauptlast tragen. Ich appelliere an Minister Müller, sich an sein Wort in einer Landtagsdebatte dieses Jahres zu erinnern, als er sagte, er halte eine Aufteilung der Einsparlasten im Verhältnis von 50:50 zwischen Straßenbau und öffentlichem Verkehr für richtig.“